

Braucht es in Biel ein zusätzliches Gymnasium?

In Biel könnte die Zahl der Mittelschülerinnen und -schülern wegen einer Reform der frankophonen Matura sprunghaft ansteigen. Doch der Kanton plant sparsam – und mit langen Fusswegen.

Jérôme Léhot

Biel hatte vor noch nicht allzu langer Zeit vier Gymnasien. Doch der Kanton Bern sparte erst das Lindengymnasium, dann jenes an der Alpenstrasse weg. Zurück blieben zwei deutlich grössere Institutionen – die deutschsprachigen und französischsprachigen Gymnasien am See. Und wesentlich längere Wege für Schülerinnen und Schüler, aber auch für das Lehrpersonal: Denn am neuen Standort am See hat es nicht Platz für alle und alles, womit zwischen Provisorien an verschiedenen Standorten in der Stadt hin- und hergewechselt werden muss.

Das dürfte sich so schnell auch nicht ändern, und zwar gleich aus mehreren Gründen. Die Schülerinnen- und Schülerzahl steigt, wie das Bundesamt für Statistik rechnet, über die nächsten Jahre weiter an (siehe Infobox). Verschärfend kommt hinzu, dass die französischsprachige Matur, die im Kanton Bern nur drei Jahre dauert, im Rahmen einer schweizerischen Harmonisierung der Matur auf vier Jahre verlängert werden dürfte. Womit das französischsprachige Gymnasium in Biel mit knapp 800 Schülerinnen und Schülern mit einem Schlag auf über 1000 käme.

«Der Bundesrat könnte die schweizerische Harmonisierung der Matura noch in diesem Jahr beschliessen», sagt der Bieler Grossrat Karim Saïd (PSR). «Der Kanton plant aber offenbar nicht, die Kapazitäten zu erhöhen, und wird das dann in aller Eile tun müssen», kritisiert er.

Der Kanton Bern seinerseits begründet seine Zurückhaltung mit Kostengründen, wie er in seiner Antwort an die Interpellation Saïds schreibt. Er versuche bei seiner Schulraumplanung von realistischen Angaben auszugehen und keine unnötigen Raumreserven zu schaffen, welche den Kanton finanziell belasten würden.



Soll hier im ehemaligen «Tsch» ein zweites Gymnasium entstehen – oder bloss ein Ableger der Gymnasien am See?

Bild: Aimé Ehvi

Zusätzlich zur Maturitätsreform der Westschweiz dürfte auch das Bevölkerungswachstum die Anzahl Schülerinnen und Schüler in die Höhe treiben. Das Bundesamt für Statistik geht in seinem Referenzszenario davon aus, dass die Bevölkerung in der Altersgruppe von 15 bis 19 Jahren bis 2029 um rund acht Prozent ansteigt. Bei circa 2000 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in Biel ergäbe allein das ein Plus von 160 Schülerinnen und Schülern.

Ein Neubau, eine Umnutzung

Der Kanton sieht trotz konservativer Planung vor, den Schulraum in Biel zu vergrössern. So sind die Stadt Biel und der Kanton Bern im Gespräch, um die künftige Nutzung des Bühler-Areals zu planen. Das Gelände zwischen Geleisen und See hätte

ursprünglich dem Westast weichen müssen und soll nun unter anderem einen Erweiterungsbau für die Gymnasien beherbergen. Allerdings werden hier noch drei bis vier Jahre verstreichen, bis konkrete Pläne vorliegen.

Eine andere Entlastung dürfte schneller kommen. Der Grosse Rat hat vor zwei Jahren 1,9 Millionen Franken gesprochen, um die Gebäude der Berner Fachhochschule (BFH) an der Quellgasse zu sanieren und für die gymnasiale Nutzung umzubauen. Dies soll passieren, sobald die BFH an den Campus hinter dem Bieler Bahnhof zieht. Allerdings haben sich mit der Verzögerung des Campus-Baus auch die Umnutzungspläne verzögert. Da die BFH statt 2025 erst 2027 umziehen kann, wird das Gebäude an der Quellgasse vorher auch nicht saniert werden können.

Das Problem: Die Gebäude am See und an der Quellgasse liegen rund 20 Fussminuten auseinander – zu weit, um zwischen zwei Lektionen das Gebäude zu wechseln. Das sei nicht nur für Schülerinnen und Schüler, sondern auch für die Lehrer ein Problem, so Saïd. «Es gibt keine ÖV-Verbindung zwischen See und Quellgasse, und auch Parkplätze hätte es an der Quellgasse nicht genügend», meint der PSR-Grossrat. Und es brächte, wie er weiter zu bedenken gibt, auch erhebliche Einschränkungen bei der Stundenplanung für die Schülerinnen und Schüler mit sich.

Drei Gymnasien statt zwei mit langen Wegen?

Dass ein Gymnasium an zwei Standorten ungünstig ist, hat der Kanton Bern im Fall von

Thun anerkannt. Dort hat der Grosse Rat 101 Millionen Franken gesprochen, um den Standort Schadau zu sanieren und mit zwei Erweiterungsbauten zu versehen, damit dort künftig alle Schülerinnen und Schüler untergebracht werden können.

Für Biel schwebt Saïd eine andere Lösung vor. «Wir sollten darüber nachdenken, ob wir an der Quellgasse nicht ein eigenständiges Gymnasium haben wollen.» Damit entfielen nicht nur die langen Wege zwischen den Gebäuden. Sondern die Gymnasien selbst hätten so wieder eine menschlichere Grösse, was für Schülerinnen und Schüler, aber auch für Lehrpersonen besser sei. «In sehr grossen Gymnasien leidet die Unterrichtsqualität», sagt Saïd, der in Neuenburg für Berufsmaturanten Mathematik unter-

Wachstumsprognosen für die Bieler Gymnasien

Gegenwärtig absolvieren in Biel 1690 Schülerinnen und Schüler eine gymnasiale Maturität. Der Anteil der Frankophonen (800) könnte, sofern der Bundesrat die französischsprachige Matur auf vier Jahre festsetzt, um 270 ansteigen. Nicht eingerechnet sind hier Lernende der Fachmittel- und Handelsschulen sowie der Passerelle, womit das frankophone Gymnasium über 1200 Schülerinnen und Schüler zählen würde; das deutschsprachige über 1090.

Das Bundesamt für Statistik rechnet in der Tranche von 15 bis 19 Jahren bis 2029 mit einem Bevölkerungswachstum von acht Prozent.

Sowohl das frankophone Gymnasium als auch das deutschsprachige könnte demnach bis zum Ende der Dekade jeweils weit über 1000 Schülerinnen und Schüler zählen. (//)

richtet, «das zeigen verschiedene einschlägige Studien.»

Vorbild Gymnasium Alpenstrasse

Als Vorbild könnte das Gymnasium Alpenstrasse dienen, das bis 2014 als unabhängige und vollständig zweisprachige Institution die Gymnasien am See etwa zu gleichen Teilen entlastete. «Eine solche Lösung würde sich für eine zweisprachige Stadt wie Biel besonders anbieten», meint Karim Saïd.

Ein eigenständiges Gymnasium an der Quellgasse würde etwas mehr kosten, weil damit eine zusätzliche Direktion finanziert werden müsste. Dafür müsste aber auch keine neue ÖV-Verbindung zwischen den Standorten geschaffen werden – etwas, was auch kostet, wie Saïd zu bedenken gibt.